

Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar? Von den Kriegen in Jugoslawien zum Stabilitätspakt für Südosteuropa¹

von Stefan Troebst, Berlin/Leipzig

Im September 1996 fand im Aspen Institute Berlin eine internationale Konferenz über die Entwicklung auf dem Balkan statt, auf welcher der US-amerikanische Südosteuropahistoriker Ivo Banac von der Yale University eine harsche Kritik am Abkommen von Dayton und an seinem *de facto*-Prinzip des *cuius regio, eius religio* formulierte. Diese Kritik gipfelte in einem Plädoyer für die Rückführung eines jeden einzelnen Flüchtlings der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina an den Ort, von dem er oder sie vertrieben oder geflohen war. Alles andere, so Banac, käme einer Belohnung des Aggressors und einer Sanktionierung von Unrecht gleich. Multiethnische Gesellschaft, so also Banac Botschaft, ist nicht nur rekonstruierbar, sondern diese Rekonstruktion ist in dieser Sicht vornehmste Aufgabe der Staatengemeinschaft.

Im April 2000 hielt in der American Academy Berlin ein anderer US-amerikanischer Südosteuropahistoriker, nämlich Gale Stokes von der Rice University, einen Vortrag zum Thema „Balkan Solutions“, in dem er die hinter dem Militärisch-technischen Abkommen von Kumanovo vom 9. Juni 1999 stehende Philosophie von Staatssouveränität und Unverletzlichkeit von Grenzen kritisierte, um sodann ebenfalls einen Weg zur Lösung der Konflikte im zerfallenen Jugoslawien vorzuschlagen, nämlich „die Staatsgrenzen auf dem Balkan entlang ethnischer Linien neu zu ziehen“. Zumindest die alte innerjugoslawische Verwaltungsgrenze zwischen der ehemaligen Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo und der Republik Serbien, so sein Rezept, sollte neu gezogen werden, da sie mittlerweile fast den Charakter einer Staatsgrenze hat. Mittels Gebietsaustausch mit Belgrad, so Stokes, könne Kosovo ethnisch weitgehend homogenisiert und damit als Staat überlebensfähig gemacht werden. Konkret nannte er einen Tausch von „Ostkosovo“, also dem südserbischen Gemeindebezirken Preševo, Bujanovac und Medvedja gegen Nordkosovo, also die Gemeindebezirke Leposaviq, Zvečan, Zubinpotok und Teile von Mitrovica. Aus seiner Sicht würden damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Kosovo würde die Mehrzahl seiner Serben los, Serbien die Mehrzahl seiner verbliebenen Albaner, was beides zu einer Stabilisierung der Region beitrüge.

Mit den Positionen von Banac und Stokes ist die Bandbreite der Vorschläge zur Lösung der Krise auf dem Balkan konzise bezeichnet. Als diskutabel nimmt sich aus der Perspektive der Staatengemeinschaft allerdings lediglich die erstgenannte Position aus – die zweite gilt zumindest derzeit noch als „politisch unkorrekt“. Entsprechend wird unter den Zielen des Stabilitätspakts für Südosteuropa zwar „der Erhalt der multinationalen und multiethnischen Vielfalt der Länder der Region und der Schutz von Minderheiten“ ge-

nannt, nicht hingegen Grenzverschiebungen mit dem Ziel ethnischer Homogenisierung. Leider keinen Hinweis enthält der Text des Stabilitätspaktes darauf, wie in solchen Fällen zu verfahren ist, in denen der genannte „Erhalt der multinationalen und multiethnischen Vielfalt“ nicht gelungen ist, also mit denjenigen Staaten und Teilregionen, in denen es zur Zerstörung multiethnischer Gesellschaften durch Staatenkrieg, Bürgerkrieg, Massenmord, Vergewaltigung, ethnische Säuberungen, Flucht und Vertreibung gekommen ist.

Im folgenden soll mittels dreier Schritte eine Annäherung an die Frage unternommen werden, ob multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist. In einem ersten Abschnitt wird nach den Gründen, Motiven und Tendenzen gefragt, die zur Zerstörung multiethnischer Gesellschaften führen. Dies geschieht mittels Vorstellung der drei wichtigsten theoretischen Erklärungsansätze. Ein zweiter Teil soll beleuchten, mit welchen Mitteln eine solche Zerstörung erfolgt. Und am konkreten Beispiel einer der zahlreichen internationalen Organisationen, die mit dem Zusammenkehren der Scherben der Kriege in Jugoslawien befasst sind, soll gezeigt werden, was getan wird, um bedrohte multiethnische Gesellschaften zu stabilisieren und zerstörte zumindest partiell wiederaufzubauen.

I.

„Why are some nationalist movements peaceful in strategy and outcome while others create carnage?“ hat vor einiger Zeit David D. Laitin gefragt², jedoch keine generalisierende Antwort gefunden. Immerhin lassen sich drei Richtungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften identifizieren, die sich eine solche Antwort zutrauen. Die erste, modernisierungshistorisch argumentierende, hält Nationalismus und Gewalt für zwei Seiten ein und derselben Medaille; die zweite sieht Gewalteskalation potentiell in allen ethnonationalen Konflikten angelegt, ohne dass es jeweils zum Äußersten kommen muss; und die dritte macht eine prinzipielle Unterscheidung zwischen gewaltförmigen ethnischen Konflikten und solchen, in denen keine Gewalt präsent ist.

Die erstgenannte Schule wird am eindrucklichsten durch den britischen Historiker Lewis Namier repräsentiert, der im Jahr 1946 in seinem Abriss der 1848er Revolutionen in Europa den mittlerweile legendären Satz prägte:

„States are not created or destroyed, and frontiers drawn or obliterated, by argument and majority votes; nations are freed, united, or broken by blood and iron, and not by a generous application of liberty and tomato-sauce; violence is the instrument of national movements.“³

Dass der Siegeszug des Nationalstaatsprinzips in Europa und der Welt von Gewalt begleitet ist, gehört zum gusseisernen Bestand des *mainstream* sozialwissenschaftlicher Nationalismusforschung. Peter Alter zufolge ist Nationalismus ein „Synonym für Intoleranz, Inhumanität und Gewalt“⁴⁴; Friedrich Heckmann spricht von einer genuin „unfriedlichen Ideologie“⁴⁵; und Bruno Schoch urteilt kategorisch: „Gewalt und Nationalismus gehören zusammen.“⁴⁶ Mit Blick auf unsere Eingangsfrage danach, ob multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist, enthält diese Sichtweise eine klare Verneinung: Multiethnische Gesellschaft ist in dieser Sicht vormodern; in dem Moment, in dem das nationale Prinzip in einer Region wirksam wird, wird diese Gesellschaftsform unwiderruflich zerstört.

Die zweite Schule beschreibt gewaltförmige ethnische Konflikte als Eskalationsstufe von ethnischen Konflikten, in denen Gewalt zuvor nicht präsent war. So meint der genannte David Laitin mit Blick auf seine Fallbeispiele Baskenland, Katalonien, der Ukraine und Georgien:

„Nothing inherent in nationalism leads to violence; but since national revivals compel people to make important changes in how they live their lives, violence and terror become an available tool for those supporting or those suppressing the national project. The tool of violence is not historically or culturally determined; it is triggered by factors incidental to macrosociological factors and to the prevailing nationalist idea.“⁴⁷

Was eskalieren kann, kann – so wäre dieser Gedanke fortzusetzen – auch deeskaliert werden. Entsprechend wäre die Antwort auf die Titelfrage die, dass durch Gewalt zerstörte multiethnische Gesellschaft im Zuge einer Gewaltreduktion rekonstruierbar ist.

Die dritte Schule stellt gewaltförmige und gewaltfreie ethnische Konflikte auf dieselbe Hierarchiestufe, sieht keine Verbindung zwischen ihnen entlang einer Eskalationsskala, sondern hält sie für völlig unterschiedliche Konfliktarten. Gewalt wird hier nicht als Epiphänomen bzw. Mittel zum Zweck, sondern als soziale Tatsache *sui generis* begriffen. Der Augsburger Soziologe Peter Waldmann hat dies in seinem Buch „Ethnischer Radikalismus“, welches ebenfalls die Fälle Baskenland und Katalonien sowie zusätzlich Nordirland und Quebec analysiert, folgendermaßen erklärt:

„Gewalt ist nicht das notwendige Resultat eines extremen Spannungszustandes, sondern ein eigenständiger Modus der Konfliktaustragung, dessen Anwendung primär von den Interessen und verfügbaren Ressourcen der Kontrahenten abhängt.“⁴⁸

Besondere Anziehungskraft übt dieser Konfliktaustragungsmodus nach Waldmann auf solche nicht-staatlichen Akteure aus, die ihre Machtmittel politischer und materieller Art als dem jeweiligen Gegner gegenüber stark ungleichgewichtig einschätzen – wie etwa die UÇK in den Jahren 1997 bis 1999 gegenüber der Armee Jugoslawiens, der Sonderpolizei des serbischen Innenministeriums und serbischen paramilitärischen Formationen. In einem Parallelschluss zur unterschichtenorientierten Sozialpsychologie

sieht Waldmann physische Gewalt als Remedium für jegliche Art von Unterlegenheitssyndrom bzw. als „Notressource ansonsten ressourcenschwacher gesellschaftlicher Gruppen.“⁴⁹ Der Waldmannschen Sichtweise hat sich unlängst auch David Laitin angeschlossen. In einem gemeinsam mit Rogers Brubaker verfassten Aufsatz heißt es:

„We lack strong evidence showing that higher levels of conflict (measured independently of violence) lead to higher levels of violence. Even where violence is clearly rooted in preexisting conflict, it should not be treated as a natural, self-explanatory outgrowth of such conflict, something that occurs automatically when the conflict reaches a certain intensity, a certain ‘temperature’. [...] The study of violence should be emancipated from the study of conflict and treated as an autonomous phenomenon of its own right.“¹⁰

Gewaltförmige ethnische Konflikte sind in dieser Sicht also keine Stufe eines generellen ethnischen Konflikts, sondern eine eigenständige Konfliktform, welche – in Waldmanns Fußtapfen – der Berliner Nahostspezialist Thomas Scheffler mit dem Begriff „Ethnoradikalismus“ belegt hat.¹¹ Ihm zufolge kann Gewalt das politische Sesam-öffne-dich! ressourcenmäßig unterlegener Eliten nationaler Bewegungen sein, für die Joseph Rothschild bereits 1974 und unter Rückgriff auf Max Webers „politischen Unternehmer“ die Wortprägung „ethnischer Unternehmer“ kreiert hat. Mit Blick auf die Ausgangsfrage könnte man daher formulieren: Wo sich „ethnische Unternehmer“ des Konfliktmodus des „Ethnoradikalismus“ bedienen, werden multiethnische Gesellschaften binnen kurzem irreparabel geschädigt, ja bis zur Nichtrekonstruierbarkeit zerstört.

Gestützt auf eigene Untersuchungen über ethnonationale Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, hier Kosovo und Makedonien, und in der ehemaligen Sowjetunion, hier Transnistrien, Gagausien und Transkarpatien¹², erscheint mir der letztgenannte dieser drei Erklärungsversuche am plausibelsten. Gewalt in einem ethnischen Konflikt „entsteht“ nicht gleichsam durch Umdrehungen einer Eskalationsspirale, sondern wird gezielt von einer oder mehreren Konfliktparteien in den Konflikt eingebracht.

II.

Wie ethnische Unternehmer im Streben nach Polarisierung, Radikalisierung und schließlich Mobilisierung ihrer Zielgruppe die Zerstörung multiethnischer Gesellschaften betreiben, wird besonders deutlich am Beispiel des asymmetrischen Kosovokonflikts, wie er seit dem Beginn der achtziger Jahre akut wurde und 1998 in seine heiße Phase eingetreten ist. Der Kosovokonflikt ist ein Territorialkonflikt mit ethnonationalem Hintergrund, der 1913 durch die Einvernahme des Gebietes durch den serbischen Staat aufgebrosen sowie im Ersten und im Zweiten Weltkrieg fortgesetzt worden ist. Multiethnische Gesellschaft hat es hier im Sinne einer serbisch-albanischen Symbiose nie gegeben – von einigen wenigen „Inseln“ wie der lange Zeit türkisch geprägten Stadt Prizren einmal abgesehen. Im

Kosovo haben sich die Konfliktparteien nicht nur über Jahrzehnte mit Krieg, Terror und nationalistischer Hassrhetorik offizieller wie offiziöser Art überzogen, sondern sich gleichsam „maßgeschneiderte“ Verletzungen zugefügt bzw. sich als Opfer solcher Verletzungen stilisiert. Zwei Beispiele sollen dies illustrieren:

Am 1. Mai 1985 wurde der 56 Jahre alte Serbe Djordje Martinoviæ aus Gjljan (Gniljane) in ein Krankenhaus in Prishtina (Priština) eingeliefert, wo ihm eine zersplitterte Bierflasche aus dem Rektum entfernt wurde. In den folgenden Monaten verbreitete das Belgrader Wochenmagazin *NIN* im Zuge einer breit angelegten Pressekampagne, es habe sich um die Pfählung eines Christen durch Albaner nach „muslimischem“ Muster gehandelt.¹³ Nahezu jeder Absolvent einer jugoslawischen Volksschule assoziierte den „Fall Martinoviæ“ mit der ausführlichen und wissenschaftlich exakten Beschreibung der Pfählung eines Serben durch osmanische Beamte, die Nobelpreisträger Ivo Andriæ in seinem als schulische Pflichtlektüre dienenden Erfolgsroman „Die Brücke über die Drina. Eine Wischegrader Chronik“ (*Na Drini æuprija. Višegradska hronika*) von 1945 gegeben hatte. Das Grundmotiv des serbischen Nationalismus, nämlich die dem serbischen Schriftsteller und ehemaligen Staatspräsidenten Dobrica Åeosiæ zufolge „einzige Nation“ zu sein, „die zu noch größeren Leiden als die Juden auserwählt“ und die überdies „zeit ihrer gesamten Existenz“ – nicht „nur“, wie im jüdischen Fall, periodisch – „vom Genozid bedroht ist“, klingt hier ebenso an wie das Amselfeld-Syndrom des moralischen Sieges in der militärischen Niederlage.¹⁴ Als solche wird mittlerweile nicht nur die Schlacht auf dem Amselfeld des Jahres 1389, sondern gerade auch diejenige von 1999 gedeutet. Der auf ethnopolitische Konflikte spezialisierte Psychoanalytiker Vamik D. Volkan hat für autistisches Selbstmitleid dieser Art den Begriff des „gewählten Traumas“ (*chosen trauma*) geprägt. Anders als im Falle eines akzidentellen Traumas, das therapeutisch mit gutem Erfolg zu bearbeiten ist, bewertet er die Heilungschancen für ein „gewähltes Trauma“ wesentlich geringer.¹⁵

Zweites Beispiel: Auf albanischer Seite sind neben einem frappierenden Grad an Stoizismus, mit dem exzessiven Grausamkeiten staatlicher Akteure im Verlauf des Kosovo-Konflikts begegnet wurde, heftige Reaktionen auf gezielte oder auch nur vermeintliche Verletzung ganz spezifischer, als genuin albanisch empfundener Normen durch die Gegenseite zu konstatieren. Dies gilt vor allem für Selektionsvorgänge, welche jugoslawische Armee sowie serbische Sonderpolizei und Paramilitärs quer zu albanischerseits „akzeptierten“ Selektionskriterien wie Muslim/Christ, Albaner/Serbe, Jung/Alt, Erwachsener/Kind, Junge/Mädchen, Gesund/Krank oder Mann/Frau (einschließlich Ehemann/Ehefrau) vorgenommen haben sollen. So wurden Berichten zufolge im Frühjahr 1999 albanische Familienväter von serbischer Sonderpolizei aufgefordert, unter ihren Töchtern diejenige zu benennen, die *nicht* zum Zwecke systematischer Vergewaltigung verschleppt werden sollte

– andernfalls würden alle Töchter verschleppt.¹⁶ Auf dem Hintergrund des traditionellen albanischen Wertekanons zu Familie, Ehre und Scham erscheint die Ungeheuerlichkeit dieses mutmaßlichen Vorgehens gleichsam potenziert. Auch wenn die Trennlinie zwischen Realität und „gewähltem Trauma“ hier nicht eindeutig auszumachen ist – eine deutliche Parallele zum „Fall Martinoviæ“ also –, wird doch die Tiefe des Risses zwischen „uns“ und „denen“, zwischen Inklusion und totaler Exklusion, plastisch fassbar. Auch in diesem Fall müssen die Chancen einer „Heilung“ solcher kollektiver Traumata, seien sie nun selbst erlitten oder nur „selbst gehört“, als überaus niedrig eingeschätzt werden.

Mit anderen Worten: Sowohl aus Sicht der wenigen des Bleibens willigen bzw. fähigen Serben im Kosovo (einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen) als auch aus derjenigen der Albaner dort ist eine Rückkehr zum gespannten, indes – relativ – gewaltarmen Nebeneinander der Zeit vor 1980 derzeit weit jenseits jeglicher Vorstellungskraft. Nicht zu unterschätzen ist andererseits jedoch die potentielle Wirkung der generationellen Schichtung zumindest der albanischen Gesellschaft des Kosovo, die den mit über 60% an unter 25-Jährigen höchsten Jugendsockel Europas aufweist. Neben der abtretenden „Tito-Generation“ der über Vierzigjährigen, die ihre persönliche, berufliche und politische Sozialisation im zweiten Jugoslawien erfahren und an diesen Bundesstaat nicht ausschließlich negative Erinnerungen haben, und der derzeit dominierenden „Erlebnis-“ bzw. „UÇK-Generation“ der Fünfundzwanzig- bis Vierzigjährigen wird die relative Bevölkerungsmehrheit bereits heute von der „verlorenen Generation“ derjenigen gestellt, die jünger als 25 Jahre alt sind und die im „parallelen“ Schulsystem des kosovoalbanischen „Schattenstaates“ der Jahre 1990–1998 oder aber in den Bildungsstrukturen ihrer westeuropäischen Emigrationsländern eine sicher fragmentarische, jedoch primär praxisorientierte und aufgrund der politischen Umstände nur partiell politisierte Ausbildung erfahren haben. Auch wenn der komplizierte Alltag im zerbombten Kosovo damit nicht ganz zutreffend erfasst wird, könnte man diese große Gruppe als „Internet-Generation“ bezeichnen, zu der Gegenstücke in Makedonien, Montenegro, Serbien und ansatzweise selbst in Albanien zu finden sind.

Neben der möglicherweise konfliktmindernden Generationsspezifika des Kosovo gilt aber auch die konfliktverschärfende Gewaltspezifika für einige andere Teile des ehemaligen Jugoslawien, vor allem für die vormaligen serbischen Siedlungsgebiete in Ostslawonien und in der Krajina im heutigen Kroatien. In deutlichem Unterschied dazu sind in anderen und gleichfalls multiethnischen Regionen wie etwa der Vojvodina im Norden Serbiens, Westmakedonien oder Südostmontenegro die interethnischen Beziehungsgeflechte nicht durch Kriege zerissen. Doch auch hier haben in den vergangenen Jahren einzelne Fälle ethnischer Gewalt gezeigt, dass zumindest von einigen Akteuren dieser Modus der Konfliktaustragung zumindest in Erwägung gezogen wird.

Mit Verweis auf die Erwähnung von Ivo Andrićs Erfolgsroman ist noch ein weiterer, gleichsam „typisch jugoslawischer“ Umstand anzusprechen – das mediale Wachhalten der Erinnerung an ethnische Gewalt und ihre spezifischen Formen mit Bezug auf den Partisanenmythos als Gründungslegende des zweiten, Titoschen Jugoslawien. Die geschah zum einen durch die in Führungsposition von Partei und Staat aufgerückte Veteranen selbst¹⁷, zum anderen – und besonders intensiv – vermittels des Bildungssystems.¹⁸ Vor allem das Genre des Partisanenfilms stellt dabei eine jugoslawische Besonderheit dar, wie sie in den übrigen Staaten Südosteuropas kaum Gegenstücke fand. Fast jeder dieser abendfüllenden Partisanenfilme, die sämtlich eine David-gegen-Goliath-Geschichte erzählten, beinhaltete ein Mittelstück, in welchem die kommunistischen Titelhelden ihren Gegnern in die Hände fielen und von diesen zum Zwecke der Erpressung militärischer Geheimnisse gefoltert wurden. Während die „außerjugoslawischen“, also deutschen, österreichischen, bulgarischen, ungarischen und italienischen Folterknechte als brutal, aber dumpf porträtiert wurden, wurden den einheimischen, also Èetniks, Ustaše oder bosnischer Waffen-SS, grausame Raffinesse zugeschrieben. Dies sei an einem späten, aber um so aussagekräftigerem Produkt der jugoslawischen Filmindustrie illustriert, dem Spielfilm „Okkupacija u 26 slika“ (*Okkupacija u 26 slika*) des kroatischen Regisseurs Lordan Zafranović aus dem Jahr 1979. Der Plot ist simpel: Eine Gruppe sogenannter „wilder“ Ustaše – „wild“ im Unterschied zu den „regulären“, also den Sicherheitsorganen des Unabhängigen Staates Kroatien der Jahre 1941 bis 1944, der weniger unabhängig, als ein deutsch-italienisches Kondominium war –, diese „wild“ Ustaše also fahren mit einem Rot-Kreuz-Bus kreuz und quer durch das Land, um teils wahllos, teils gezielt unliebsame Personen, darunter bevorzugt Kommunisten, Demokraten, Roma, Muslime, Juden und Serben, in den Bus zu zerren, um sie sodann zu foltern und zu ermorden. Nur an der Oberfläche enthält der Film eine politische Botschaft, nämlich diejenige, dass das Ustaša-Regimes antikommunistisch, rassistisch, gesetzlos und verbrecherisch war, sowie die subkutane „ethnische“ Botschaft, dass Nicht-Kroaten in Kroatien den Kroaten besser nicht über den Weg trauen. Auf der Metaebene indes findet sich noch eine andere Botschaft, nämlich diejenige, dass es sehr viele verschiedenen Wege gibt, einen Menschen mit Alltagsgegenständen professionell zu foltern sowie vom Leben zum Tode zu befördern, ja beim genaueren Hinsehen scheint es sogar so, als würde hier unterschwellig vermittelt, dass Foltern und Töten bei Vorliegen entsprechender politischer Rahmenbedingungen ein leicht erlernbares Handwerk sei. Gerade dieser ausgesprochene Praxisbezug ist es aber, der die Frage nach Sinn und Wirkung eines solchen Films aufwirft. Denn anders als in handelsüblichen Horror- und Gewaltfilmen steht hier nicht die Lust am Grauen, sondern vielmehr technizistische Wissensvermittlung im Vordergrund. Etwas überspitzt könnte man also von der Aussage, dass in Gesellschaften mit einem hohen Prozentsatz an Waffen häufig geschossen wird, die Par-

allele zu einer Gesellschaft ziehen, zu deren Kernbestand an Alltagswissen auch Folter und Tötungstechniken gehören.

An dieser Stelle ist noch einmal hervorzuheben, dass sich diese Beobachtungen ausschließlich auf das Jugoslawien Titos beziehen und weder mit Theorien einer „Balkanmassakertradition“, wie von seiten einiger deutscher Historiker vorgebracht, noch mit solchen einer heroisch-gewaltbereiten Grundkonstante auf dem Westbalkan, wie sie österreichische Sozialanthropologen konstatieren zu können glauben, etwas zu tun haben. Meine These ist, dass in Schule, Medien und Kultur Jugoslawiens von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren über das Vehikel der Ideologie praktisches Wissen über Gewalt breit gestreut wurde. Ob ein solches Wissen nun allerdings tatsächlicher Anwendung Vorschub leistet, das ist eine Frage, über die ein Urteil begreiflicher Weise schwer fällt. Da es in den übrigen Balkanstaaten glücklicherweise *nicht* zu gewaltförmigen ethnischen Konflikten gekommen ist, fehlt hier die Vergleichsmöglichkeit.

III.

Zurück zur Titelfrage, ob eine durch Krieg zerstörte multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar ist, ob – und falls ja: wie – also die Zahnpaste zurück in die Tube zu praktizieren ist. Als Beispiel dafür soll die sogenannte Task Force 1 des Arbeitstisches 1 des Stabilitätspakts für Südosteuropa dienen. Dieser Arbeitstisch 1 befasst sich bekanntlich mit Demokratisierung und Menschenrechten, die vom Europarat und Slowenien geleitete Task Force 1 mit „Human Rights and National Minorities“. Im Rahmen dieser Task Force 1 wurde im November vergangenen Jahres eine Kommission eingesetzt, welche die umständliche Bezeichnung „Special Delegation of Council of Europe Advisers on Minorities in Southeastern Europe“ trägt und der acht Politiker, internationale Beamte und Wissenschaftler, darunter der Verfasser, angehören. Hauptaufgabe der *Special Delegation* war zunächst die Erstellung eines Berichtes zum Stand der interethnischen Beziehungen im ehemaligen Jugoslawien und seinen Nachbarstaaten. Dieser Bericht mit dem Titel „Promotion of Multi-Ethnic Society and Democratic Citizenship“¹⁹ bildete dann die Beschlussgrundlage einer Regierungskonferenz zum Thema „Inter-Ethnic Relations and Minorities in South-Eastern Europe“, die Mitte März 2000 im slowenischen Portoroč stattfand. Im Vorfeld der Abfassung des Berichts wurden Reisen in die meisten Staaten der Region unternommen, um so zum einen eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, zum anderen um konkrete Politikempfehlungen zu formulieren. Es ist nun aufschlussreich zu sehen, was aus den Empfehlungen der *Special Delegation* zum Themenkomplex Rekonstruktion multiethnischer Gesellschaft geworden ist, nachdem sie das Getriebe der Alltagsdiplomatie durchlaufen haben.

Zunächst zum Bericht selbst: Er enthält neben allgemeinen Teilen Auflistungen von „positiven Maßnahmen“ (*good practices*) und „positiven Entwicklungen“ (*good processes*) bezüglich der Bewahrung oder Wiederherstel-

lung einer multiethnischen Gesellschaft, welche die Kommission in den Staaten Südosteuropas ausgemacht hat. Er enthält des weiteren eine Auflistung von „Verpflichtungen zu zusätzlichen Initiativen und Maßnahmen“, die Regierungsvertreter der Delegation gegenüber eingegangen sind, sowie sechs Politikempfehlungen samt Umsetzungsvorschlägen. Kernaussage des Berichts ist, dass die von den Begriffen „Nationalstaat“, „Titularnation“ und „nationale Minderheit(en)“ geprägte statische Sichtweise interethnischer Beziehungen samt ihren ausschließlich rechtlichen Regelungsmechanismen für Südosteuropa ihres Deutungsmonopols mittlerweile verlustig gegangen ist. Stattdessen wird als Voraussetzung für die Wiederherstellung bzw. Bewahrung der multiethnischen Gesellschaften in diesem Teil Europas das mehr politische denn rechtliche sowie dynamische Konzept der „demokratischen Staatsbürgerschaft“ als deutlich vielversprechender erachtet. Im öffentlichen Raum, so dieses Konzept, sind Kategorien wie Staatsbürgerschaft und politische Partizipation ausschlaggebend; die Kategorie ethnische Zugehörigkeit hingegen wird gleich der Religion der privaten Sphäre der Bürger zugewiesen. Kernempfehlung des Berichts ist die Durchführung einer breit angelegten Aufklärungskampagne mit dem Ziel der Propagierung dieses Konzeptes in den Staaten Südosteuropas. Koordiniert durch ein europäisches Organisationskomitee in Straßburg sollten nationale Komitees in den Staaten der Region jeweils auf ihre Öffentlichkeit zugeschnittene Teilkampagnen entwerfen, die dann drei Jahre lang durchgeführt werden sollten. Die *Special Delegation* veranschlagte hierfür eine Summe von ca. 16 Millionen Euro.

Soviel zum Bericht. Dieser wurde auf der besagten Regierungskonferenz in Portoroč einhellig angenommen, seine Empfehlungen wurden in ein „Joint Statement and Framework Program of Action“ aufgenommen und die Kampagne an die erste Stelle einer „List of Projects Adopted by the Task Force on Human Rights and Minorities“ gesetzt, die der internationalen Geberkonferenz für den Stabilitätspakt Ende März vorgelegt wurde. Allerdings wurde dabei der Kostenansatz von 16 Millionen Euro für drei Jahre auf 430.000 Euro für ein Jahr – mit der Option einer Verlängerung um zwei weitere Jahre – reduziert. Auf der Geberkonferenz erklärten sich die Schweiz und Deutschland bereit, diese Summe kurzfristig zur Verfügung zu stellen, so dass der Europarat mit der Ausarbeitung der beantragten „Awareness-raising Campaign to promote multi-ethnic society and democratic citizenship for all“ beginnen konnte. Dieses am 17. Mai vorgestellte Programm besteht zu einem Gutteil aus frommen Wünschen: „Eine nachhaltige Stabilisierung Südosteuropas“, so die Präambel, soll durch „die Werte von multiethnischer Gesellschaft und aktiver demokratischer Staatsbürgerschaft“ erzielt werden.²⁰ Die Propagierung dieser Werte ist daher Gegenstand der Kampagne, die „aus ein Reihe von Initiativen besteht, welche Menschen zur Zusammenarbeit mittels gezielter Aktivitäten auf den Gebieten Zivilgesellschaft (NGOs), Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend, Medien,

Regierung, Parlament und Verwaltung bewegen soll.“ Die konkreten Formen, mittels derer dies geschehen soll, sind die folgenden:

„Youth exchange programmes, round tables on specific subjects, internet projects, TV and radio programmes, cultural exchanges including regional tours of cultural events, training for professional groups (ex. civil servants), study visits, joint or reciprocal media reporting, publications for various target groups, trans-border joint activities, business encounters, parliamentary events, events organised by municipalities, confidence-building activities (including in relation to return programmes), etc.“

„It is expected“, so das Resümee der Kampagneplaner, „that the Campaign will bring about changes in attitudes and preparedness to resume contact and co-operation beyond ethnic dividing lines and a new approach of respect, at least tolerance if not acceptance, of other communities or groups. Contributions by others to public life should be regarded as positive elements in society and public affairs. This could also become a new basis for reconciliation and rejection of nationalist references and visions.“

Und der letzte Satz lautete nicht zufällig: „The expected impact may be more evident among the youth than the elder.“

Man muss kein großer Zyniker sein, um diese Erwartungen als Zweckoptimismus, gar als realitätsfremd zu bezeichnen – wäre da nicht als Anhang zum Kampagnendokument eine „List of projects submitted to the Council of Europe and eligible for the Campaign“. Neben internationalen staatlichen Organisationen und internationalen NGOs haben ca. 50 regionale Nichtregierungsorganisationen aus Rest-Jugoslawien, Makedonien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Bulgarien und Rumänien hier ganz konkrete und unverkennbar realitätstaugliche Vorhaben angemeldet. Vier Beispiele seien herausgegriffen:

- 1) Die Bürgervereinigung *Srcem* („Von Herzen“) aus Mostar plant ein gemeinsames Radioprogramm für kroatische und muslimische Jugendliche in den beiden verfeindeten Stadtteilen;
- 2) die Journalismusschule in Novi Sad in der zu Serbien gehörigen Vojvodina will Schülern die Probleme journalistischer Arbeit in multiethnischem Umfeld verdeutlichen;
- 3) die Stiftung zur Förderung jugendlicher Roma in der bulgarischen Hauptstadt Sofija bereitet ein Sommerlager für junge Roma und Nicht-Roma vor;
- 4) und die Gesellschaft *Put* („Weg“) im kroatischen Osijek setzt sich für die Gründung einer neuen Euroregion „Donau-Drau-Save“ ein.

Wenn es also überhaupt eine Antwort auf die Titelfrage „Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar?“ gibt, dann ist sie im Erfolg bzw. Misserfolg dieser zivilgesellschaftlichen Projekte zu finden. Dass unter ihnen kein einziger Antrag aus der kroatischen Krajina, der Republika Srpska und dem Kosovo ist, erscheint dabei symptoma-

tisch. Ein vorsichtiger Antwortvorschlag könnte daher lauten: Durch Krieg und Gewalt zerstörte multiethnische Gesellschaft kann nicht rekonstruiert, allenfalls bei Vorliegen günstiger Bedingungen langfristig und in neuer Form ganz neu aufgebaut werden. Dies schließt notwendigerweise einen, wenn nicht mehrere Generationswechsel ein, desgleichen einen langen Atem und vor allem viel Geld. Sind die Bedingungen ungünstig – etwa dort, wo „ethnische Unternehmer“ Gewalt gezielt als Notressource eingesetzt haben – ist mit Misserfolgen zu rechnen. Und dort, wo multiethnische Gesellschaft auch vor Krieg und Gewalt nicht existiert hat, besteht keine Chance, sie neu zu bauen.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des ebenfalls in Leipzig befindlichen außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.

- ¹ Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Minderheiten und Minderheitenkonflikte im Wandel – Ostmittel- und Osteuropa im Umbruch“ des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin am 4. Juli 2000. – Die Redeform wurde beibehalten, die Anmerkungen auf Quellenbelege beschränkt.
- ² Laitin, David D.: National Revivals and Violence, in: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995), H. 1.
- ³ Namier, Lewis B.: 1848: The Revolution of the Intellectuals, in: *Proceedings of the British Academy* 30 (1946), S. 31.
- ⁴ Alter, Peter: Einführung, in: Ders. (Hrsg.): *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*. München 1995, S. 15.
- ⁵ Heckmann, Friedrich: *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen*. Stuttgart 1992, S. 44.
- ⁶ Schoch, Bruno: Nationalismus, Rassismus und die Wiederkehr der Gewalt in Europa., in: Hugger, Paul, Ulrich Stadler (Hrsg.): *Gewalt. Kulturelle Formen in Geschichte und Gegenwart*. Zürich 1995, S. 188–211, hier S. 189.
- ⁷ Laitin: *National Revivals*, a. a. O.
- ⁸ Waldmann, Peter: *Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs*. Opladen 1989, S. 267.
- ⁹ Ebd., S. 34.
- ¹⁰ Brubaker, Rogers, David D. Laitin: *Ethnic and Nationalist Violence*, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1998), S. 423–452, hier S. 426.
- ¹¹ Scheffler, Thomas: *Ethnoradikalismus: zum Verhältnis von Ethnopolitik und Gewalt*, in: Seewann, Gerhard (Hrsg.): *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*. München 1995, S. 9–47, hier S. 12.
- ¹² Troebst, Stefan: *An Ethnic War That Did Not Take Place: Macedonia, Its Minorities and Its Neighbors in the 1990s*, in:

Turton, David (ed.): *War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence*. Rochester 1997, S. 77–103; Ders.: *The Kosovo conflict*, in: *SIPRI Yearbook 1999. Armaments, Disarmament and International Security*. Oxford 1999, S. 47–62; Ders.: *Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE*, in: Baechler, Günther, Arno Truger (Hrsg.): *Afrikanische Perspektiven: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa*. Chur, Zürich 1998, S. 347–379; Ders.: *Von „Gagauz Halkı“ zu „Gagauz Yeri“: Die Autonomiebewegung der Gagausen in Moldova 1988–1998*, in: *Ethnos – Nation* 7 (1999), H. 1, S. 41–54; Ders.: *Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich*, in: Löwe, Heinz-Dietrich, Günther H. Tontsch, Stefan Troebst (Hrsg.): *Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa*. Köln, Weimar, Wien 2000, S. 67–104. Vgl. außerdem in historischer Perspektive Ders.: *Nationalismus und Gewalt im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. Terroristische Separatismen im Vergleich*, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 3 (1996) H. 1, S. 273–314, sowie Ders.: *Ethnien und Nationalismen in Osteuropa. Drei Vorüberlegungen zur vergleichenden historischen Forschung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 5 (1994), H. 1, S. 7–22.

- ¹³ Mertus, Julie A.: *Kosovo: How Myths and Truths Started a War*. Berkeley, CA, Los Angeles, CA, London 1999, S. 95–120.
- ¹⁴ *Æosia*, Dobrica: *Tradition och ideologi: Det serbiska folkets öde*. In: Gustavsson, Sven (ed.): *Tradition and Modern Society. A Symposium at the Royal Academy of Letters, History and Antiquities*, Stockholm, November 26–29, 1987. Stockholm 1989, S. 195–204. Vgl. auch Sundhaussen, Holm: *Kosovo: „Himmliches Reich“ und irdischer Kriegsschauplatz. Kontroversen über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit*, in: *Südosteuropa* 48 (1999), S. 237–2567.
- ¹⁵ Volkan, Vamik D.: *Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse ethnischer und religiöser Konflikte*. Gießen 1999, S. 84–97.
- ¹⁶ *Zu Exzessen während der zweiten Kriegsrunde von 1999 vgl. Judah, Tim: Kosovo. War and Revenge*. New Haven, CT, London 2000, S. 227–285.
- ¹⁷ Vgl. dazu pars pro toto die umfangreiche Sammlung von Memoirenfragmenten, Dokumenten, Fotografien und Zeichnungen politischer Gefangener, Internierter und Deportierter 1941–1944 auf dem Territorium der späteren jugoslawischen Teilrepublik Makedonien, die der „Verband der Vereine der Kämpfer im Nationalen Befreiungskampf“ in der für makedonische Verhältnisse geradezu exorbitanten Auflage von 2.000 Exemplaren herausgab: *Okovani vo prangi*. 2 Bde., Skopje 1981.
- ¹⁸ Höpken, Wolfgang: *War, Memory, and Education in a Fragmented Society: The Case of Yugoslavia*, in: *East European Politics and Society* 13 (1999), S. 190–227.
- ¹⁹ [Council of Europe:] *Promotion of Multi-Ethnic Society and Democratic Citizenship. Report of the Special Delegation of Council of Europe Advisers on Minorities in Southeastern Europe*. Strasbourg, 6 March 2000.
- ²⁰ [Council of Europe:] *Awareness-raising Campaign to promote multi-ethnic society and democratic citizenship for all. A Council of Europe project*. Strasbourg, 17 May 2000.